

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 s., 1/2jährlich 1.50 s.
Prämium frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 s., 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weissenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Inserionsgebühren
betragen für die 5gepaltene
Zeile oder deren Raum
15 s., für Wohnungs-
Bereits- und Vermittlungs-
anzeigen 10 s.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 s.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens fünf
Vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7601.

Nr. 65

Halle a. S., Freitag den 17. März 1899.

10. Jahrg.

Nachgegeben.

Es wird nicht aufgelöst. Die Regierung hat nachgegeben, oder besser, es ist ihr gelungen, die treibenden Kräfte zum Nachgeben zu bewegen. Heute wird der Kriegsminister im Reichstage sich mit dem Abtrich der 7006 Mann von der Regierungsvorlage zufrieden geben, die Mehrheitsparteien werden aber zu seiner Genehmigung eine Resolution im Sinne der Mehrheitsausführungen vom Dienstag annehmen. Darin wird die Bereitwilligkeit ausgesprochen werden, späterhin Nachbewilligungen vorzunehmen, falls „abwiegend nachgewiesen“ wird, daß die bewilligte Präsenziffer nicht ausreichend ist. Die Resolution besagt eigentlich etwas Selbstverständliches, denn das Quinquennat enthält ja kein Verbot späterer Nachbewilligungen, diese Selbstverständlichkeit ist jedoch der einzige Ausweg, der der Regierung den Rückzug ermöglicht. Und der Rückzug muß angestrebt werden. Für eine Auflösung treten weder die Minister ein, noch wären die „staatsbehaltenden“ Parteien davon sonderlich erbaud. Im Gegenteil. Konserervative und Nationalliberale haben der Auflösung mit banger Sorge entgegen; nicht einmal König Stumm gehörte diesmal zu den Schorfmachern. Sie wussten ganz genau, was ihrer harrie. Die Kammern hätte zweifellos eine stärkere Opposition ergeben, vor allem wäre sie uns, der Sozialdemokratie, zu nütze gekommen. In den letzten Monaten sind im Deutschen Reich so viel Schandthaten begangen worden, daß wir uns einen günstigeren Zeitpunkt gar nicht wünschen konnten. Die Stumm und Konjosten müssen ja mit Blindegelb schlagen sein, um sich irgend welchen Illusionen hinzugeben. Tatsächlich waren die Schorfmacher aller Richtungen auch in den letzten Tagen der Schwüle festhalten wie nie zuvor, und als am Mittwoch nachmittag im preussischen Abgeordnetenhause glaubwürdig berichtet wurde, die Auflösung komme nicht mehr in Frage, da daß man es den Herren an, daß ihnen ein Stein vom Herzen gefallen war.

Nachdem nunmehr die Auflösung des Reichstages ausgeschlossen ist, scheint es angebracht, einmal den Verlauf des neuen Konflikt zu rekapitulieren. Es ist dies nötig, weil die Angelegenheit mit wachsender Deutlichkeit zeigt, daß das preussische Regiment wieder Formen angenommen hat, wie sie seit langem nicht mehr aufzutreten pflegte. Bis zum vorigen Donnerstag war die Regierung und der Kriegsminister der Ansicht, daß nach der zweiten Lesung die Militärvorlage abgeschlossen sei und im Reichstagsministerium wurden die Berechnungen für die Veränderung des Etats sofort in Angriff genommen. Da wurde dem Kriegsminister am Donnerstag abend plötzlich aufgegeben, auf der ursprünglichen Präsenziffer zu bestehen. Alle Berechnungen wurden stiftet und die konserervative und nationalliberale Presse wird einmal die Kriegszielpunkte des Reichstages. Ziegend ein Vortrag, so verfiel die freisinnige Zeitung, des Reichstages, oder eines anderen Zivilministers hatte bis dahin nicht stattgefunden.

Am Montag früh fand ein Ministerrat statt. Herr Riquel war eigentlich noch der Auflösung am meisten geneigt, als ihm aber seine nationalliberalen Freunde ihr Herz ausschütteten, schlug auch er um. Trotzdem kam der Ministerrat zu keinem eigentlichen Beschluß. Er begnügte sich, den Reichstagskanzler zu ersuchen, „höheren Ortes hat sich in der Auflösung sprechenden Gründe zur Erwägung zu geben.“ „Höheren Ortes“ fand Jökenlohe aber keine Geneigtheit. Erst nach der Abstimmung des Reichstages am Dienstag, nachdem sich die vollständige Antisichtlosigkeit einer Reichstagsneuwahl ergeben hatte, wurden die Vorstellungen der Minister dringender. Aber es hat auch nach der Abstimmung noch wiederholte Vorträge bedurft, um am Mittwoch mittag den Bericht auf die 7006 Mann zu erzielen.

Dieselbe Regierung, die noch am Dienstag erklären mußte, daß sie ohne die 7006 Mann ab und nicht auskommen könne, wird heute im Reichstage erklären müssen, daß dies doch anständig ist. Vorläufig ist die Auflösung des Reichstages wohl verhindert, wie lange aber wird es dauern, da ist es neuer Konflikt da! Der Rücktritt hat sich in der letzten Woche wieder einmal im vollsten Maße gezeigt, den treibenden Kräfte haben die Minister so gut wie gar keinen Widerstand entgegenzusetzen können. Daß sie dies in Zukunft thun werden, ist nicht anzunehmen und so können wir aus irgend einem beliebigen Anlaß wieder vor die Frage der Reichstagsauflösung gestellt werden.

Und kann es recht sein. Wir stehen Gesehe bei Fuß und sind stets in der Lage, die Schläge parieren zu können. Daß aber das Bürgerum seine Mittel zur Abwehr ergreift, daß man sich bis weit in die freisinnigen Kreise hinein mit dem verächtlichen Regiment anfindet, nichts ist zur Abwehr des unvermeidlichen Absolutismus und den unermeßlichen Willkürforderungen keinen Widerstand entgegenzusetzen, ist ein trauriges Zeichen dafür, daß dem deutschen Bürgerum auch der letzte Rest seiner Selbsttätigkeit abhanden gekommen ist. Militäris-

mus und Realismus, Säbel und Rutte, Raerne und Ritzch, das sind nachher die Währzeichen des deutschen Bürgerums geworden! Glücklicherweise ist dies der sicherste Beweis, daß die kapitalistische Gesellschaft am Ende ihres Scheitens angelangt ist.

Bei dem Vorkesspiel, das jetzt an uns vorüber gegangen ist, hat die Regierung und der Militarismus trotz der scheinbaren Niederlage doch den größeren Vorteil einheimisch. Jetzt handelte es sich um 7006 Köpfe, nach ein bis zwei Jahren wird die Regierung doppelt und dreifach so viel verlangen und das Zentrum wird ihre Wünsche schantweg erfüllen. Wieder hat der Regierung einen Weg gewiesen, der eine viel bessere Befriedigung des Militarismus ermöglicht, als dies bei einer Auflösung des Reichstages möglich gewesen wäre. Formell hat zwar die Regierung nachgegeben, sachlich ist aber das Zentrum umgefallen.

Von der italienischen Umstrukturvorlage.

Wp. Der Inhalt der italienischen Umstrukturvorlage, die nach äußerst erregten Debatten in der Kammer einer Kommission behufs Ummodellung überwiesen wurde, ist im wesentlichen folgender:

Die Polizei erhält das Recht, Versammlungen zu verbieten aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Gesundheit. Wann und wodurch die öffentliche Ordnung gestört oder die „öffentliche Gesundheit“ beeinträchtigt wird, darüber hat zu bestimmen — die Polizei. „Ausführliche Anstalt“ in Versammlungen werden verboten. Wenn diese Anstalt ein durch das Strafgesetz vorgesehenes Vergehen bedingt, so werden sie nach dem Strafgesetz bestraft; wenn aber nicht, d. h. wenn die Anstalt gar nichts Straffälliges enthält, bzw. den Kernern vom Standpunkte des gemeinen Rechts es gar nicht anzuhängen wäre, so werden diese — mit 3 Monaten Gefängnis bestraft. Was sind also „ausführliche Anstalt“? Darüber hat zu bestimmen — die Polizei.

Vereinigungen, welche zum Zweck haben, die sozialen Einrichtungen oder die Staatsverwaltung umzuführen, werden aufgelöst. Was sind „soziale Einrichtungen“? Was ist unter einer umfänglicheren „That“ zu verstehen? Darüber hat zu bestimmen — die Polizei.

Für Vergehungen soll — wie in Deutschland — neben dem Reaktor der Verfassung strafbar sein; eine Eigentum dieser italienischen Vorlage ist nur, daß sie die positive Bestimmung enthält, monach die Strafe des Reaktors um die Hälfte vermindert wird, wenn der Verfassung verstoß zu Strafe gezogen werden kann. Die wiederholte Verurteilung einer Zeitung im Laufe eines Jahres beträgt Kantonsstrafe in Betrage von 300—1000 Francs, ferner die Behinderung der Präventivjustiz; die Verurteilung der Zeitung darf nur zwei Stunden nach der Einlieferung der Nummer beim Staatsamt stattfinden. Eine dritte Verurteilung hat das Verbot der Zeitung für drei Monate zur Folge. Schlichtig wird die Verurteilung von falschen Nachrichten, die geeignet wären, die öffentliche Ruhe zu stören, mit sechs Monaten Gefängnis und bis 1000 Francs Strafbefehl bedroht.

Damit nicht genug, best mit die Vorlage im besonderen noch folgende s: Angestellte, Agenten, Arbeiter, die im öffentlichen Dienst stehen (worunter nicht nur Staatsbetriebe, sondern eine Reihe von Privatbetrieben, wie Wasserleitungen, Gasanstalten, elektrische Anstalten, Eisenbahnen, städtische Straßenbahnen u. a. m. zu verstehen sind) werden, wenn sie in der Zahl von 3 und mehr ihre Tätigkeit verfallen oder unterlassen, ihre Pflichten zu erfüllen, mit einem Jahr Gefängnis bestraft und die Abteilungsleiter mit zwei Jahren. Ferner erhält die Regierung die Befugnis, „im Nothfall“ — worüber sie selbst zu bestimmen hat — alle Arbeiter und Angestellte der charakteristischsten Betriebe zu „militarisieren“, d. h. sie der militärischen Disziplin und dem Militärstrafrecht zu unterstellen.

Wird die Vorlage Gesetz, so wird sie sicher im einzelnen viel Unheil stiften, aber wird die beabsichtigte Gesamtwirkung, die Vernichtung der sozialrevolutionären Bewegung erreicht werden? Es genügt ein Augenblick tügler Ueberlegung, um die Antwort zu geben: Nein, es ist unmöglich. Warum wird die auf den ersten Blick durchsichtige aller Maßregeln, die harten Gefängnisstrafen in den erwähnten Straffällen. Wenn sich etwas daraus klar ergibt, so ist es die Heidenangst, welche die Regierung vor solchen Strafen hat. Rien qu' qu' geht, ein solcher Straffälle in größerem Umfange statt. Was würde nun die Regierung thun? Wird sie die Laufende Straffälle einsparen? Aber dadurch wird doch der Straffälle nicht beseitigt, sondern in Panama gesteckt. Die Regierung firstet es, wenn selbst drei Mann die Arbeitshände verlassen, und nur soll sie Laufende hinter die Gefängnismauern strecken und sie so jener Tätigkeit entziehen, die nach der Auffassung der Regierung

selbst die Grundlage der gesamten sozialen Ordnung bildet? Das Ganze ist ein Schred haß, eine Drohung in äußerster Verlegenheit, die nur zur Folge haben wird, daß die Eisenbahnarbeiter u. um so rascher zur Erkenntnis gelangen von der Macht, welche sie besitzen, wenn sie solidariisch zusammenhalten.

Die italienische Umstrukturvorlage ist der Wutausbruch der Ohnmacht, der nicht zur Stärkung, sondern zur weiteren Schwächung der italienischen Regierung führen muß.

Tagesgeschichte.

Halle, 16. März 1899.

Das preussische Abgeordnetenhause setzte gestern die Beratung des Kauterates fort. Viel neues wurde nicht zu Tage gefördert, die Debatten zogen sich in der Weise hin, wie wir sie schon seit Jahren kennen. Die Ultramontanen vollführen noch immer ihr Klagepiel darüber, daß die Volksschule der Kirche noch nicht gänzlich ausgeliefert ist. Die Polen zetern noch immer darüber, daß ihre Mutterbrüder aus der Volksschule verbannt sind, ganz gut. Von italienischen Gründen verlangen sie nichts, daß der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt werde. Denn vor allem soll doch dem Volk die Religion erhalten werden, damit es nicht so schnell der religiösen und gottlosen Sozialdemokratie erliege.

Vom Ministerische werden noch immer dieselben Reden gehalten. Herr Boffe bildet sich auf das preussische Schulwesen noch immer einen gehörigen Stiefel ein. Wir sollen ja das beste Schulwesen der Welt haben. Wenn es auch lange nicht so ist, solches Selbstlob macht sich, wenn es im Parlament verhandelt wird, ganz gut. Von nationalliberaler Seite wurde der Minister des Geistes unterfüt. Auch der freisinnige Herr Ricker würde das gern getan haben. So mußte er aber die fatale Thatfrage zur Sprache bringen, daß man in Rommern den Schulunterricht ausfallen lasse, weil ein Wähler Agitator in der Schule einen Wandervortrag halten müsse. Herr Boffe mißbilligte solche Vorkommnisse, ob er im stande ist, sie zu verhindern, ist eine andere Frage. Da die Staatsberatung bei der stolischen Rebell nur wenig fortjährt, findet heute wieder einmal eine Abhandlung statt. Abends ist der Redeifer geringer und das kommt der Erlebigung von Einsichten sehr zu gute.

Ein Opfer wird der nunmehr durch den Rückzug der Regierung gelöste Konflikt erfordern. Der Kriegsminister u. Söpler hat am längsten seines Amtes genaut.

Erstausen sollen die Mittelungen sein, daß die Polizei den Friedhof der Märzgefallenen für den 18. März abzusperren beabsichtigt, nur laute Demonstrationen sollen verhindert werden.

Ein Unfall soll dem Bruder Wilhelms II., dem Prinzen Heinrich, in Shanghai zugefallen sein. Der Prinz wohnte dem Stappelauf eines Handelsschiffes bei. Dabei löste sich ein schweres Holzstück und fiel ihm auf den Kopf, so daß eine stark blutende Wunde entstand. Die Schädeldecke blieb jedoch unversehrt.

Zu dem Bräuquidwangsverfahren gegen Angestellte der Geyla Grundbahn meldet das Grauburger Blatt, daß die Druckerschlange Ropyid und Kowalski noch immer verhaftet seien, trotzdem das Gericht seit zehn Tagen den Verfasser des inkriminirten Artikels kennt.

Bei der internationalen Komodie, genannt Abrüstungskonferenz, die bekanntlich im Haag stattfindet, werden alle europäischen Staaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, ferner China, Japan, Persien und Siam vertreten sein. Die Bitte der Einzelabenden wird der niederländischen Regierung durch Rußland übermitteln und von dieser alsbald weiter expediert werden. Ueber die Regelung der Arbeiten ist noch nichts entschieden.

Der bekannte Polizeikommissar Bösel, der in Berlin die Aufgabe hatte, die anarchische und sozialdemokratische Bewegung zu überwinden und sich bei dieser Tätigkeit so manche arge Schlappe holte, soll Berlin verlassen, um in einer größeren Provinzialstadt die Leitung des gesamten Polizeibetriebes zu übernehmen. Bösel hat in dem angeblichen Bublikens-Attentat auf den Polizeiobersten Krause die Ermittlungen geleitet und auf Grund des von ihm gesammelten Materials ist des unglückliche Kofschmann zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Welche größere Provinzialstadt wird nun der Exze teilhaftig werden, jene Polizei durch ein so hervorragendes Polizeigenie geleitet zu sehen? Eine Halle? Wir haben aber doch auch drei bedeutende Köpfe: Staudte, Polly und Weydemann!

Wegen Raiferbeleidigung wurde von der Strafammer in Mainz der Tageöner Josef Pfeiffer zu sechs

